

Aus der Fraktion

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

„Wir treten Antisemitismus konsequent entgegen – auch an unseren Schulen“

In Nordrhein-Westfalen leben rund 27.000 Menschen jüdischen Glaubens. Ein sichtbares lebendiges Judentum gehört zu unserem Land. Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat Antisemitismus weltweit sichtbarer gemacht – auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Antisemitische Vorfälle geschehen täglich. Wir müssen hinsehen, sie benennen und handeln – konkret und konsequent. Deshalb bringen die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP den Antrag „Antisemitismus an nordrhein-westfälischen Schulen weiter entschieden bekämpfen und Lehrkräfte bestmöglich unterstützen“ an diesem Donnerstag in den Landtag ein. Dazu erklären die schulpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen, **Claudia Schlottmann** (CDU), **Dilek Engin** (SPD), **Lena Zingsheim-Zobel** (Grüne) und **Franziska Müller-Rech** (FDP):

„Schulen müssen sichere Orte sein – für alle Kinder, Jugendlichen und Beschäftigten, unabhängig von Religion, Herkunft oder politischer Einstellung. Antisemitismus ist jedoch ein reales Problem, auch an Schulen. Wenn Jüdinnen und Juden in Deutschland zunehmend Anfeindungen erleben, bleibt das nicht ohne Folgen für den Schulalltag.

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verzeichnen Schulen einen deutlichen Anstieg an antisemitischen Äußerungen und Konflikten im Unterricht. Antisemitische Äußerungen dürfen weder ignoriert, noch relativiert werden. Schule ist nicht neutral, wenn es um Menschenrechte geht. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Antisemitismus zu erkennen und ihm aktiv entgegenzutreten – im Unterricht, auf dem Schulhof und im Lehrerzimmer. Dazu gehört auch, klar zu widersprechen, wenn das Existenzrecht Israels infrage gestellt oder jüdische Mitmenschen pauschal verurteilt werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt Schulen bereits mit konkreten Maßnahmen: neuen Unterrichtsmaterialien, Webinaren für Lehrkräfte und Handlungsempfehlungen. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen bieten Begleitung, Fortbildung und Beratung an – und der Bedarf ist hoch. Mit unserem Antrag wollen wir eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen auf den Weg bringen: unter anderem die Einrichtung einer institutionellen Fortbildungseinrichtung für Lehrkräfte zum Thema Antisemitismus.



Wir wollen außerdem Gedenkstättenfahrten als festes Element im Unterricht verankern und den Wettbewerb ‚Shalom – jüdisches Leben heute!‘ der Bezirksregierung Münster auf das gesamte Land ausweiten. Maßnahmen, Materialien und Angebote sollen zentral zusammengefasst und niederschwellig für Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler zugänglich gemacht werden.

Denn Prävention beginnt im Kleinen: mit Gesprächen im Klassenrat, Projekttagen, klarem Regelwerk und gelebter Solidarität. Junge Menschen sollen in der Schule lernen, was es bedeutet, in einer freien, vielfältigen und demokratischen Gesellschaft zu leben. Wer für Menschenwürde eintritt, braucht Rückhalt. Schulen müssen diesen Rückhalt bieten – für jüdische Schülerinnen und Schüler ebenso wie für alle, die Gesicht zeigen.“

Martin Lucke (CDU) und Robin Korte (Grüne) zum Altschuldenentlastungsgesetz

„Wir geben den Kommunen finanzielle Stabilität zurück“

Die Landtagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag lassen die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht allein und entlasten sie in großem Umfang von ihren Altschulden. Der entsprechende Gesetzentwurf zur anteiligen Entschuldung wurde am Mittwoch in den Landtag eingebracht. Dazu erklären **Martin Lucke**, Mitglied im Ausschuss für Heimat und Kommunales für die CDU-Fraktion, und **Robin Korte**, kommunalpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion:

Martin Lucke: „Kommunen sind mehr als Verwaltung: Sie organisieren das tägliche Leben vor Ort. Damit sie diese Aufgaben zuverlässig erfüllen können, brauchen sie Entscheidungsfreiheit und vor allem finanzielle Stabilität. Die geben wir ihnen jetzt zurück. Mit dem Gesetzentwurf zur teilweisen Entschuldung der Kommunen leiten wir konkrete Schritte ein, um Städte und Gemeinden spürbar von ihren Altschulden zu entlasten – als erste Landesregierung in diesem Umfang. Viele Städte und Gemeinden mussten jahrelang Kredite aufnehmen, um laufende Ausgaben zu decken – eine Notlösung, die zum Dauerzustand wurde. Besonders strukturschwache Kommunen rutschten dadurch in eine Abwärtsspirale. Unabhängig von den Bundesplänen stellen wir ab diesem Jahr jährlich 250 Millionen Euro bereit, um besonders hoch verschuldeten Kommunen zu helfen – und erfüllen damit ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag.“

Robin Korte: „Heute ist ein guter Tag für all die Menschen in NRW, die seit langem unter fehlenden Investitionen in überschuldeten Kommunen leiden. Mit der Altschuldenlösung ist uns ein historischer Durchbruch gelungen, mit dem wir ein zentrales Wahlversprechen einlösen und die realen Lebensumstände in großen Teilen unseres Landes verbessern. Wir geben den Kommunen finanzielle Spielräume zurück und



befreien sie von einem großen Teil der drückenden Schulden der Vergangenheit, die durch die Folgen des Strukturwandels und durch Entscheidungen anderer politischer Ebenen entstanden sind. Das ermöglicht vor Ort wichtige Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung, Klimaschutz und Mobilität. Wir sind froh, dass Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft unseren Vorschlag so breit unterstützt haben. Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt wie versprochen ihren Teil zur Altschuldenlösung beizutragen.“

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Schulze Föcking/Creuzmann/Hafke: „Der Schutz unserer Kinder hat höchste Priorität“

Nordrhein-Westfalen bekommt eine oder einen unabhängige/n Beauftragte/n für Kinderschutz und Kinderrechte. Das haben die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP an diesem Mittwoch mit einer Änderung des Landeskinderschutzgesetzes NRW beschlossen und die neue Stelle gesetzlich verankert. Dazu erklären **Christina Schulze Föcking**, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Norika Creuzmann**, Sprecherin für Kinder- und Jugendschutz der Grünen Landtagsfraktion, sowie **Marcel Hafke**, Sprecher für Familie, Kinder und Jugend der FDP-Landtagsfraktion:

Christina Schulze Föcking: „Wenn Kinder leiden, tun sie das oft still – aus Angst, Scham oder Unsicherheit. Es braucht Erwachsene, die dann hinsehen, und Strukturen, die eingreifen. Deshalb wollen wir mit der Novelle des bestehenden Landeskinderschutzgesetzes Regelungen weiterentwickeln und schärfen, Kinderrechte sichtbarer, Beteiligung verbindlicher und den Kinderschutz noch wirksamer gestalten. Schon 2022 habe ich gesagt, dass wir dieses Gesetz kontinuierlich weiterentwickeln werden – dieses Versprechen halten wir. Kinderschutz ist für uns eine greifbare Verantwortung und eine Herzensangelegenheit. Das heißt konkret unter anderem: Wir wollen betroffene Kinder und Jugendliche beteiligen, wenn Schutzstrukturen weiterentwickelt werden. Und der Kinderschutzbeauftragte soll nicht nur organisatorisch frei, sondern auch fachlich weisungsungebunden sein. Mit dieser Novelle stärken wir Beteiligung, Unabhängigkeit und Qualität des Kinderschutzes – fundiert, klar und verlässlich.“

Norika Creuzmann: „Wie sehr Erwachsene die Rechte von Kindern und Jugendlichen ignorieren und ihnen zum Teil unfassbares Leid antun, habe ich in meiner Arbeit als Sozialpädagogin tagtäglich erleben müssen. Kinder und Jugendliche brauchen unseren Schutz. Das hat für uns höchste Priorität. Mit der Stelle einer oder eines unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte stärken wir das Kinderschutzsystem in NRW weiter. So können Lücken erkannt und geschlossen



werden. Die oder der Beauftragte wird dem Thema Kinderschutz ein größeres Gewicht geben und zu einer gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung für die Themen Kinderschutz und Kinderrechte beitragen. Die Stärkung der Kinderrechte und des Kinderschutzes in NRW ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir tagtäglich leben und immer weiter entwickeln müssen. Die oder der Beauftragte wird auf diesem Weg eine gute Anwältin oder ein guter Anwalt auf Seiten der Kinder und Jugendlichen sein.“

Marcel Hafke: „Mit der gesetzlichen Verankerung einer/eines unabhängigen Kinderschutzbeauftragten gehen wir einen weiteren, bedeutenden Schritt zu einem stärkeren und wirksameren Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen. Besonders wichtig ist uns dabei die Unabhängigkeit der Stelle – ebenso wie das neu eingeführte Zufallsverfahren im Qualitätsentwicklungsprozess. Beide Verbesserungen sind konkrete Ergebnisse des intensiven Beratungsverfahrens. Ein starkes Signal ist auch: Kinder und Jugendliche sollen künftig selbst stärker einbezogen werden. Denn wer Kinderschutz verbessern will, muss die Perspektiven der Betroffenen ernst nehmen. Entscheidend ist nun, dass die oder der Beauftragte eng, aber auf Augenhöhe mit den Jugendämtern zusammenarbeitet und vorhandene Strukturen sinnvoll ergänzt. Klar ist auch: Kinderschutz ist keine Einmalaufgabe. Die heutige Gesetzesänderung ist ein wichtiger Meilenstein – doch sie darf nicht der letzte bleiben. Weitere Schritte müssen folgen – in der Praxis und im Gesetz.“

Gregor Golland (CDU) und Dorothea Deppermann (Grüne) **„Wir verteidigen unsere Demokratie konsequent“**

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen bekommt eine neue gesetzliche Grundlage: mehr Befugnisse, Rechtssicherheit, Transparenz und Kontrolle. Das neue Gesetz ist Teil des umfassenden Sicherheitspakets, das das Land im September vergangenen Jahres als eine Reaktion auf den Terroranschlag in Solingen beschlossen hat, setzt aktuelle Rechtsprechung um und wurde am Mittwoch in den Landtag eingebracht. Dazu erklären **Gregor Golland**, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, und **Dorothea Deppermann**, Sprecherin für Demokratie und Verfassungsschutz der Grünen-Landtagsfraktion:

Gregor Golland: „Extremismus, Terrorismus, Sabotage und Spionage greifen unsere freiheitlich-rechtliche Grundordnung an – jeden Tag, rund um die Uhr. Diese Angriffe kommen von links und rechts, von Islamisten, Terroristen und feindlich gesinnten Staaten und haben das Ziel unser Land, unser Volk und unsere Freiheit zu destabilisieren oder gar zu zerstören. Dagegen müssen wir uns wehren und unsere Demokratie, unsere Freiheit konsequent verteidigen. Darum investieren wir in Nordrhein-Westfalen enorme Summen in die Stärkung unserer Sicherheitskräfte. Entscheidend



sind neben den technischen Möglichkeiten vor allem die rechtlichen Befugnisse und der politische Wille zu deren Einsatz. Beides bringen wir heute mit – und schreiben das Verfassungsschutzgesetz grundlegend neu. Wir machen unser Land damit sicherer, ohne die Freiheit unbescholtener Bürger einzuschränken. Ihre Sicherheit hat für uns höchste Priorität.“

Dorothea Deppermann: „Die Gefahr durch islamistische und rechtsextremistische Terroranschläge ist hoch. Erst an diesem Mittwoch sind nach den großen Razzien mutmaßliche islamistische Anschlagpläne im Rheinland bekannt geworden. Wir reagieren auf die stark veränderte Sicherheitslage mit der Änderung des Verfassungsschutzgesetzes. Angesichts der Veränderungen durch die digitale Kommunikation bringen wir den Verfassungsschutz auch technisch auf die Höhe der Zeit. Bundesweit einmalig ist die Regelung zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz beim Verfassungsschutz. Wir stellen sicher, dass neue Instrumente verhältnismäßig genutzt werden und ihr Einsatz effektiv kontrolliert wird. Für längere Observationen muss der Verfassungsschutz künftig zum Beispiel vorab die Freigabe eines Gerichts einholen. Das Parlament kontrolliert den Verfassungsschutz und wird regelmäßig über die Maßnahmen informiert.“

Thorsten Schick (CDU), Verena Schäffer und Wibke Brems (Grüne) **„Wir gestalten die Zukunft für NRW auch in schwierigen Zeiten“**

NRW-Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk hat am Dienstag den Haushaltsplanentwurf 2026 vorgestellt. Dazu erklären die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Thorsten Schick**, **Verena Schäffer** und **Wibke Brems**:

„Die schwarz-grüne Koalition ist handlungsfähig – trotz schwerer Rezession im bereits dritten Jahr. Auch ohne aktuelles Wirtschaftswachstum gestalten wir die Zukunft für Nordrhein-Westfalen, indem wir sparen, wo es möglich ist, und investieren, wo es notwendig ist. Mit einem Landeshaushalt von mehr als 100 Milliarden Euro gestalten wir auch im Jahr 2026 gute Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir bleiben dem Schwerpunkt Kinder, Jugend und Bildung treu und investieren die Rekordsumme von mehr als 43 Milliarden Euro in diesen Bereich – die größte Position im Haushalt. Wir setzen auf Zukunftsinvestitionen unter anderem in die Innere Sicherheit mit mehr als 6,7 Milliarden Euro. Denn Bildung und Sicherheit sind die Grundpfeiler für eine stabile Gesellschaft. Wir stärken außerdem unsere Kommunen: Jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt geht an unsere Kommunen. Wir tätigen wichtige Investitionen in Klimaschutz und Soziales, investieren in den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, um ihn zukunftsfest zu gestalten. Wir treiben den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien und die Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren voran. Dieser Landeshaushalt entsteht in einer anhaltend schlechten



Wirtschaftslage: Bund, Länder und Kommunen müssen mit weniger Steuereinnahmen auskommen als ursprünglich erwartet. In Nordrhein-Westfalen setzen wir auf den Dreiklang „Priorisieren, Konsolidieren und Investieren“. Denn Zukunftsinvestitionen sind nötig, um unser Land stark und gerecht aufzustellen. Diesen Kurs setzen wir als schwarz-grüne Regierungskoalition im Landtag konsequent fort.“

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

„Für das Haus der Demokratie gilt: Verfassungsfeinde haben hier keinen Platz“

CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bringen das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Landtag Nordrhein-Westfalen“ und im Verbund damit auch eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtags ein. Dazu erklären die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen **Matthias Kerkhoff** (CDU), **Ina Blumenthal** (SPD), **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) und **Marcel Hafke** (FDP):

„Eine wehrhafte Demokratie braucht wehrhafte Demokratinnen und Demokraten. Dazu gehört, die Türen und Tore für ihre Feinde so gut es geht zu verschließen. Zu diesem Zweck wollen wir neue Regeln festlegen, die verhindern, dass Personen, die Mitglied in vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen sind oder diese unterstützen, unbeschränkte Zutrittsrechte zu den Gebäuden des Landtags haben. Dazu gehört beispielsweise die Einholung einer unbeschränkten Auskunft aus dem Bundeszentralregister durch die Landtagsverwaltung. Die Pflicht zur Vorlage eines ‚einfachen‘ Führungszeugnisses wird dadurch ersetzt. Sofern sich aus der Auskunft Hinweise ergeben, aufgrund derer eine Gefährdung parlamentarischer Rechtsgüter zu befürchten ist, kann der Zugang zu den Einrichtungen sowie zur IT-Infrastruktur des Landtags ganz oder teilweise versagt werden. Mit der neuen Regelung wird zudem sichergestellt, dass für die Beschäftigung von Abgeordnetenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern nur dann Geld aus öffentlichen Mitteln erstattet wird, wenn die betreffende Person zuvor eine einwandfreie Auskunft aus dem Register vorgelegt hat, die keine vorsätzlichen Straftaten enthält.

Außerdem wird die Hausordnung des Landtags verschärft. Bei einer nicht nur geringfügigen Verletzung der Hausordnung durch Mitglieder des Landtags soll künftig ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro festgesetzt werden können.

Um den Landtag künftig resilienter gegen den Missbrauch parlamentarischer Regeln zu machen, werden wir auch seine Geschäftsordnung anpassen. Gerade die Erfahrungen aus der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags haben gezeigt, wie notwendig dies sein kann. Das betrifft sowohl eine klarstellende Regelung zum Ablauf der konstituierenden Sitzung als auch die Rechte des oder der künftigen Alterspräsidentin bzw. Alterspräsidenten.



In Zeiten, in denen Demokratien immer mehr unter Druck stehen, räumen wir dem Schutz der gesetzgebenden Gewalt damit höchste Priorität ein. 75 Jahre Landesverfassung sind uns dafür eine Verpflichtung. Für das Haus der Demokratie in NRW muss gelten: Verfassungsfeinde haben hier keinen Platz.“

Politik am Arbeitsplatz: CDU-Landtagsfraktion diskutiert mit Experten **„Dialog gelingt dort, wo Meinungen respektiert werden – auch wenn man sie nicht teilt“**

Politische Gespräche gehören immer öfter auch zum Arbeitsalltag. Unterschiedliche Meinungen können zu Konflikten führen – oder den Austausch fördern. Die Frage ist: Wie gehen wir damit um? Welche Rolle spielen Führungskräfte, wenn es darum geht, politische Diskussionen zuzulassen, ohne parteiisch zu wirken? Kann ein Unternehmen Raum für politische Gespräche bieten, der sowohl Meinungsvielfalt schützt als auch die Unternehmenskultur stärkt – und damit vielleicht sogar einen Beitrag zur Demokratie leistet? Im Rahmen eines Werkstattgespräches im NRW-Landtag hat sich die CDU-Fraktion mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Unternehmen und Gewerkschaften sowie einem engagierten Publikum ausgetauscht.

Die Abgeordnete **Anke Fuchs-Dreisbach**, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, machte deutlich: „Unsere Arbeitswelt ist keine politikfreie Zone. Wir müssen lernen, mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll umzugehen. Es geht um Haltung, nicht um Lautstärke.“ Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** sagte: „Am Arbeitsplatz treffen Menschen aufeinander, die auch bei politischen Themen nicht immer einer Meinung sind. Aber darum geht es auch nicht. Wichtig ist, dass wir die Gesprächsfähigkeit nicht verlieren. Das gilt im Privaten und im Betrieb.“ **Prof. Dr. Guido Möllering**, Vertrauensforscher an der Universität Witten/Herdecke, betonte die Bedeutung einer tragfähigen Unternehmenskultur: „Vertrauen ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Führungskräfte müssen Räume schaffen, in denen auch kontroverse politische Themen besprechbar bleiben, ohne dass das Miteinander leidet.“

Auf dem Podium diskutierten neben Laumann und Möllering auch **Marc Kregel**, Betriebsratsvorsitzender BASF-Personal and Nutrition, IGBCE-Vorstandssekretärin **Natalie Mühlenfeld** und **Johannes Pöttering**, Hauptgeschäftsführer von unternehmer nrw. Die Diskussion zeigte: Während manche Unternehmen noch nach dem richtigen Umgang mit politischen Themen suchen, gibt es andernorts längst klare Spielregeln in Form von Leitlinien, Gesprächsformaten oder aktiver Vertrauensarbeit durch Betriebsräte und Führungskräfte. Eindrücklich schilderte Natalie Mühlenfeld, wie schnell Unsicherheit in Ablehnung umschlagen kann: „Wenn demokratische Grundwerte in Frage gestellt werden, darf Schweigen keine Option sein.“

In der offenen Diskussion wurde anschließend deutlich: Der Bedarf an Orientierung ist groß. Viele Teilnehmer berichteten von Unsicherheiten im Umgang mit politischen Konflikten im Kollegenkreis, von Sprachlosigkeit im Angesicht von Radikalisierung – aber auch von gelungener Gesprächskultur in ihren Betrieben. Ein zentrales Anliegen: Unternehmen sollten nicht aus Angst vor Polarisierung verstummen, sondern klare Werte kommunizieren.

Zum Abschluss betonte **Marco Schmitz**, Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales der CDU-Fraktion: „Politische Gespräche im Betrieb sind Realität. Entscheidend ist, dass sie nicht spalten, sondern verbinden. Dialog gelingt dort, wo Vertrauen herrscht, und Meinungen respektiert werden – auch wenn man sie nicht teilt.“



Foto links: Arbeitspolitischer Sprecher Marco Schmitz (l.) im Gespräch mit Marc Kregel, Betriebsratsvorsitzender BASF-Personal and Nutrition.

Foto rechts: Prof. Dr. Guido Möllering, Vertrauensforscher an der Universität Witten/Herdecke, mit der Abgeordneten Anke Fuchs-Dreisbach und Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (v.l.).

Fotos: CDU-Landtagsfraktion/Ralph Sondermann

Aus der Landesregierung

Zwei erfolgreiche Bewerbungen aus Nordrhein-Westfalen beim Bundeswettbewerb Start-up Factories

Ministerin Neubaur: Gründungsboom zeigt: Unsere Förderstrukturen greifen, Talente bleiben und Ideen werden zu echten Geschäftsmodellen

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Mit dem EXIST-Leuchtturmwettbewerb Startup Factories will der Bund die Anzahl und Qualität wissensbasierter Ausgründungen erheblich steigern. Mit der BRYCK Startup Alliance im Ruhrgebiet und der Gateway Factory im Rheinland sind am Donnerstag, 10. Juli 2025, zwei von vier Bewerbungen aus Nordrhein-Westfalen für die Projektphase ausgewählt worden. Sie erhalten nun jeweils bis zu 10 Millionen Euro Förderung für die kommenden fünf Jahre.

Auch aktuelle Zahlen belegen die gute Entwicklung des Startup-Ökosystems im Land: Der Report „Next Generation – Startup-Neugründungen in Deutschland“ weist für Nordrhein-Westfalen 16 Prozent (bundesweit 9 Prozent) mehr Gründungen im ersten Halbjahr 2025 auf als im Vorjahreszeitraum – das bedeutet Platz drei im Bundesländervergleich.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Nordrhein-Westfalen ist Start-up-Land – innovativ und voller Aufbruchsstimmung. Der aktuelle Gründungsboom zeigt: Unsere Förderstrukturen greifen, Talente bleiben im Land, und Ideen werden zu echten Geschäftsmodellen. Die heutige Auszeichnung durch den Bund ist kein Zufall – sondern ein starkes Zeichen für die wachsende Dynamik unserer Start-up-Szene. Nordrhein-Westfalen hat sich zu einer Top-Gründungsregion in Deutschland entwickelt.“

Kein anderes Bundesland hat den Zuschlag für zwei Projekte erhalten. Die Startup Factories schließen eine Lücke im Innovationssystem in den Bereichen Acceleration und Scale-up. Die ausgewählten Konsortien aus Nordrhein-Westfalen sind:

BRYCK Startup Alliance im Ruhrgebiet: Ruhr-Universität Bochum, Technische Universität Dortmund, Universität Duisburg-Essen, RAG-Stiftung, BRYCK GmbH & Co. KG, Initiativkreis Ruhr, BRYCK Startup Alliance GmbH.

Gateway Factory im Rheinland: Universität zu Köln, RWTH Aachen, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Start2Group, Gateway Factory GmbH.

Weitere Konsortien aus dem Münsterland und Ostwestfalen-Lippe waren in der Konzeptphase des Wettbewerbs vertreten:

R-Factory im Münsterland: Universität Münster, FH Münster, Universität Osnabrück, Hochschule Osnabrück, Westfälische Hochschule, SAXION Hogeschool, University of Twente, R-Factory Genossenschaft.

Factory 33 in Ostwestfalen-Lippe: Universität Paderborn, Universität Bielefeld, Hochschule Bielefeld, Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Factory33 Ecosystem GmbH.

Alle vier Startup Factories wurden von den sechs im Rahmen des Programms „Exzellenz Start-up Center“ geförderten Universitäten in Aachen, Bochum, Dortmund, Köln, Münster und Paderborn initiiert und gebildet. Das Ziel der Landesinitiative „Exzellenz Start-up Center“, den sechs ausgewählten Universitäten über die Förderung zu ermöglichen, zu den führenden Gründungsuniversitäten in Deutschland aufzuschließen, wurde erreicht. Dies belegt auch der Gründungsradar des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft: Universitäten in Nordrhein-Westfalen belegen nun führende Plätze im Ranking.

Weitere Informationen finden Sie unter startup-factories.de.

Nordrhein-Westfalen-Tag 2026 findet in Münster statt

Bürgerfest feiert den 80. Landesgeburtstag in der westfälischen Friedensstadt

Die Landesregierung teilt mit:

Der Nordrhein-Westfalen-Tag 2026 wird in Münster stattfinden. Das hat das Landeskabinett in seiner Sitzung am Dienstag, 8. Juli 2025, beschlossen. Beim 12. Bürger- und Familienfest für alle Menschen des Landes im kommenden Jahr wird das 80. Landesjubiläum gefeiert. Den genauen Termin stimmen Land und Stadt nun ab.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Nordrhein-Westfalen feiert im nächsten Jahr seinen 80. Geburtstag. Dieses besondere Jubiläum feiern wir so, wie es sein sollte: gemeinsam mit den Menschen im Land als großes Familienfest. Münster ist als europäisches Zentrum dafür der perfekte Ort – vielfältig, traditionsbewusst und lebenswert. Die Vielfalt, die uns in Nordrhein-Westfalen ausmacht, ist unsere große Stärke. Ich lade deswegen alle Menschen im Land schon jetzt ein: Lassen sie uns gemeinsam die ganze Schönheit, Herzlichkeit und Stärke unseres Landes erleben und zusammen seinen Geburtstag feiern.“



Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster: „Wir freuen uns, 2026 den NRW-Tag zum 80-jährigen Bestehen des Landes in Münster ausrichten zu dürfen. Für unsere Stadt ist dies eine ganz besondere Anerkennung – und eine wertvolle Gelegenheit, zu zeigen, dass Münster weit mehr ist als die Stadt der Fahrräder und des Westfälischen Friedens. Gemeinsam gestalten wir ein Fest, das die Vielfalt, den Zusammenhalt und die demokratische Kultur unseres Landes sichtbar macht – und Münster in all seinen Facetten in den Mittelpunkt rückt, als Ort des Dialogs, der Nachhaltigkeit, der Innovation, der Wissenschaft und der Lebensart.“

Der Nordrhein-Westfalen-Tag wurde erstmals 2006 anlässlich des 60. Landesgeburtstags in Düsseldorf gefeiert. Seitdem findet er immer in einer anderen Region und einer anderen Stadt des Landes statt, seit 2012 im regelmäßigen Turnus von zwei Jahren. Zuletzt 2024 in Köln gefeiert, zog der Nordrhein-Westfalen-Tag einmal mehr hunderttausende Besucherinnen und Besucher an.

Zuvor wurde der Landesgeburtstag in Düsseldorf (2006), Paderborn (2007), Wuppertal (2008), Hamm (2009), Siegen (2010), Bonn (2011), Detmold/Kreis Lippe (2012), Bielefeld (2014), Düsseldorf (2016) und Essen (2018) gefeiert. In den Jahren 2020 und 2022 fiel der Nordrhein-Westfalen-Tag coronabedingt aus.

Weitere Informationen zum Nordrhein-Westfalen-Tag finden Sie [hier](#).

Ministerin Scharrenbach: Stein für Stein mit Herz an Herz – großer Teil des Wiederaufbaus nach der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe 2021 ist geschafft

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Die Starkregen- und Hochwasserkatastrophe vom 14. und 15. Juli 2021 jährt sich dieses Jahr zum vierten Mal. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt die betroffenen Menschen und Regionen weiterhin beim Wiederaufbau.

Die Zahlen zeigen: Vier Jahre später steht ein Großteil der zerstörten Regionen wieder – fester als zuvor



„Stein für Stein mit Herz an Herz haben die Menschen in den vergangenen vier Jahren einen Großteil der zerstörten Regionen wiederaufgebaut – und das fester als zuvor. Es wurden sowohl Gebäude, Straßen, Brücken und Schulen wiederhergerichtet, als auch Zusammenhalt neu geschaffen. Auf beides können wir in Nordrhein-Westfalen stolz sein. Uns war immer klar, dass der Wiederaufbau für alle kein Spaziergang wird, sondern ein harter und langer Marsch. Umso mehr möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die tagtäglich daran mitgewirkt haben und immer noch mitwirken, die betroffenen Orte zukunftssicher zu machen. Insgesamt wurden bisher rund 4,3 Milliarden Euro für Wiederaufbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen bewilligt, von denen bereits 2,2 Milliarden Euro ausgezahlt sind. Die insgesamt rund 12,3 Milliarden Euro, die für den Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, werden am Ende nicht in voller Höhe benötigt werden. Dies liegt unter anderem daran, dass deutlich mehr der betroffenen Gebäude gegen Elementarrisiken versichert waren“, sagt Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung.

Rund 865 Millionen Euro wurden bisher für privat genutzte Wohngebäude und den Ersatz von Hausrat bewilligt. Insgesamt wurden hierfür bisher 27.274 Anträge gestellt, davon sind über 98 Prozent abschließend bearbeitet. Und die Betroffenen sind weit gekommen mit dem Wiederaufbau: Rund 734 Millionen Euro (85 Prozent) dieser Mittel sind bereits ausgezahlt. Immer mehr Privathaushalte haben ihren Wiederaufbau komplett abgeschlossen, so dass für nahezu 70 Prozent der bewilligten Gebäudesanierungen bereits die abschließenden Verwendungsnachweise eingereicht wurden.

Sanierte Krankenhäuser, trockengelegte Sportplätze, neugebaute Kindergärten, aber auch wiederhergestellte und neu errichtete Brücken, sanierte Schulen und weitere Maßnahmen der kommunalen Infrastruktur: Zum Wiederaufbau der Infrastruktur in Kommunen wurden rund 2,8 Milliarden Euro bewilligt. Aktuell sind davon rund 903 Millionen Euro ausgezahlt. Die übrigen Mittel der insgesamt bewilligten 4,3 Milliarden Euro, entfallen auf Unternehmen, die Land- und Forstwirtschaft, die Infrastruktur der Länder, Forschungseinrichtungen sowie Archive.

Betrugsfälle finden und dagegen vorgehen

Eine schnelle und unbürokratische Hilfe war und ist oberstes Ziel des Wiederaufbauverfahrens. Trotz des vereinfachten Verfahrens sind erfreulich wenig Betrugsverdachtsfälle zu verzeichnen, die umgehend identifiziert, mit aller Konsequenz nachverfolgt und auch zur Anzeige gebracht werden. Im Rahmen der Bearbeitung wurden

inzwischen 320 Betrugsverdachtsfälle mit einem bewilligten Volumen von 8,8 Millionen Euro identifiziert. Dies sind weniger als ein Prozent der ausgesprochenen Bewilligungen. Weitere 272 Betrugsfälle wurden vor der Bewilligung im Bearbeitungsverfahren aufgedeckt. Insgesamt wurden nach Erhärten eines Betrugsverdachts bisher 475 Fälle an die jeweils zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben. Das weitere Verfahren obliegt den zuständigen Stellen bei den Strafverfolgungsbehörden mit denen die Bewilligungsbehörden und das Ministerium eng zusammenarbeiten. Bei den übrigen 117 Betrugsverdachtsfällen wird der Sachverhalt einzelfallbezogen weiter aufgeklärt. Es erfolgt bis zur Klärung des Sachverhaltes zunächst keine Auszahlung aus dem Wiederaufbauhilfefonds.

Afrikanische Schweinepest: Bisherige infizierte Zone wird zur „Sperrzone II“ – neue „Sperrzone I“ künftig als Pufferzone

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest haben die zuständigen Veterinärbehörden der Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und Hochsauerlandkreis das betroffene Gebiet in Abstimmung mit dem Landestierseuchenkontrollzentrum (LaTiKo) und dem Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz neu abgegrenzt: Die bisherige infizierte Zone in Teilen der Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und des Hochsauerlandkreises, in der das Ausbruchsgeschehen stattfindet, wird zur so genannten „Sperrzone II“.

Des Weiteren wird diese „Sperrzone II“ von einer „Sperrzone I“ („Pufferzone“) umgrenzt. Die als Pufferzone fungierende „Sperrzone I“ ist ein rund zehn Kilometer breiter Streifen um die bislang infizierte Zone. Die betroffenen Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und der Hochsauerlandkreis erstellen jetzt Allgemeinverfügungen, deren Maßnahmen in den jeweiligen Kreisen eigenverantwortlich umgesetzt werden. Die neue Abgrenzung mit zwei Sperrzonen geht auf eine Vorgabe der EU-Kommission zurück. Die Maßnahmen dienen dem Zweck, in einem lokal begrenzten Gebiet intensivere Maßnahmen zur ASP-Bekämpfung durchzuführen zu können.

Auf einen Blick: „Sperrzone II“ (ehemals Infizierte Zone)

Die Regelungen für die neue „Sperrzone II“ sind mit denen der bisherigen infizierten Zone vergleichbar. Weiterhin gilt in der „Sperrzone II“ ein Jagdverbot – hiervon unberührt bleibt die Nachsuche auf verletztes oder krankes Wild sowie die Einzeljagd auf

wiederkäuendes Schalenwild auf Wiederbewaldungsflächen (Aufforstung und Naturverjüngung).

Der Besuch im Wald ist weiterhin möglich, solange das Wegegebot eingehalten wird. Weiterhin besteht eine Anleinplicht für Hunde. Für die Landwirtschaft gibt es Vorgaben bei der Ernte. Des Weiteren gibt es ein Verbot der Freiland- und Auslaufhaltung von Schweinen. Ausnahmegenehmigungen für schweinehaltende Betriebe zum Verbringen von Schweinen sind aber weiter möglich.

Auf einen Blick: „Sperrzone I“ (neue Pufferzone)

In der ringförmigen „Sperrzone I“ soll verstärkt gejagt werden, um die Wildschweindichte in diesem Bereich zu reduzieren. So kann die Gefahr der Infektion weiterer Wildschweine mit anschließender Verbreitung in bislang nicht betroffene Gebiete verringert werden. Hausschweinebetriebe in der „Sperrzone I“ unterliegen verstärkten Biosicherheitsmaßnahmen und Beschränkungen hinsichtlich des Transports. Auch in der „Sperrzone I“ bleibt der Besuch im Wald möglich, solange das Wegegebot eingehalten wird. Für Hunde gibt es eine Anleinplicht.

Die konkrete Ausdehnung der Sperrzonen sowie die dortigen Vorgaben werden von Mittwoch, 9. Juli 2025, an den aktualisierten Allgemeinverfügungen auf den Homepages der betroffenen Landkreise zu entnehmen sein. Dort sind dann interaktive Karten mit Suchfunktionen hinterlegt. Alle Maßnahmen dienen dazu, eine Beunruhigung und Versprengung der Wildschweine zu vermeiden und eine Übertragung des Erregers über Futtermittel zu verhindern.

15 ASP-Fälle bei Wildschweinen seit Juni

Bislang sind 15 verendete Wildschweine in den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein von zuständigen Behörden positiv auf ASP getestet worden. Seit dem Ausbruch der ASP bei einer Rotte von Wildschweinen bei Kirchhundem und einem weiteren Wildschwein bei Bad Berleburg gelten bereits Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest über Allgemeinverfügungen der Kreise Olpe, Hochsauerlandkreis und Siegen-Wittgenstein. Auf der Homepage des Landesamtes für Verbraucherschutz und Ernährung (LAVE) gibt es eine Übersicht der vorliegenden Untersuchungsergebnisse von Wildschweinen, die in Nordrhein-Westfalen untersucht wurden:

<https://www.lave.nrw.de/themen/tiere/tiergesundheit/tierseuchen/die-afrikanische-schweinepest-asp>



Hierzu gehört auch eine Darstellung der negativ getesteten Wildschweine, die im Zuge des seit Juni laufenden landesweiten ASP-Monitorings untersucht werden. Mit Stand vom Dienstag, 8. Juli 2025, sind landesweit bereits knapp 900 von der Jägerschaft erlegte Wildschweine seit Juni negativ auf die Afrikanische Schweinepest untersucht worden.

Als Hauptübertragungsquelle der ASP gilt neben direktem Kontakt zu infizierten Wildschweinen vor allem das Verhalten von Menschen. So kann der Erreger, der außerordentlich lange ansteckungsfähig bleibt, neben Tierkontakten auch über Gegenstände wie Kleidung und Schuhwerk, Werkzeuge, Autoreifen und Transportfahrzeuge oder über Nahrungsmittel wie zum Beispiel ein achtlos entsorgtes Wurstbrot übertragen und verbreitet werden. Darum ist es wichtig, dass sich alle Beteiligten an die Sicherheitsvorkehrungen und die Vorgaben aus den Allgemeinverfügungen der betroffenen Kreise halten. Das Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerium ruft die breite Öffentlichkeit auf, keine Lebensmittelreste in Wäldern, an Raststätten und in offenen Mülleimern zu entsorgen. Essensreste sollten vermieden oder ordnungsgemäß, also für Wildschweine unzugänglich, entsorgt werden. Für Haus- und auch für Wildschweine besteht im Übrigen seit Jahrzehnten ein Verbot der Verfütterung von Küchen- und Speiseabfällen.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie die Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und der Hochsauerlandkreis bitten darum, bei Totfunden weiterer Tiere direkt das zuständige Kreisveterinäramt zu informieren, das die Bergung, Beprobung und Entsorgung der gefundenen Tiere unmittelbar veranlasst.

Shortlist veröffentlicht: Das sind die bundesweit aussichtsreichsten Forschungsgroßprojekte

Nordrhein-Westfalen in drei Vorhaben vertreten

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

International wettbewerbsfähige Forschung, Entwicklung und Innovation braucht modernste Forschungsinfrastrukturen. Rechenzentren, Großanlagen, gut ausgestattete Forschungslabore und umfangreiche Datenbanken sind der Schlüssel dafür, zukunftsweisende Schlüsseltechnologien voranzutreiben. Und sie sind die Voraussetzung dafür, den klügsten Köpfen der Welt eine Perspektive für ihre Arbeit zu geben.



Am Dienstag, 8. Juli 2025, hat Bundesforschungsministerin Dorothee Bär gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat und Vertretern der Bewertungsgremien die aussichtsreichsten Vorhaben aus dem nationalen Priorisierungsverfahren für umfangreiche Forschungsinfrastrukturen bekannt gegeben. Auf der Shortlist sind 18 Trägereinrichtungen in insgesamt neun Vorhaben vertreten. Sie wurden aus über 30 Kurzkonzep-ten mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 8,5 Milliarden Euro ausge-wählt. Drei der neun Vorhaben haben nordrhein-westfälische Beteiligung:

- ET: Vorphase für das Einstein-Teleskop (ET)
- HBS-I: High Brilliance Neutron Source
- RIDLOP: Research Infrastructure for Data from Large Online Platforms

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Spitzenforschung ‚made in NRW‘ braucht eine Spitzeninfrastruktur. Wir wollen Nordrhein-Westfalen als innovationsstarken For-schungsstandort weiter ausbauen und investieren in eine komplexe Forschungsaus-stattung, die neue Maßstäbe setzen soll. Mit der Shortlist zeigt der Bund seine Unter-stützung und sein Vertrauen in die vielfältigen Kompetenzen und Stärken in unserem Land. Zudem ist diese Roadmap ein wichtiger Schritt zur technologischen Unabhän-gigkeit in Europa – auch, um ein Gegengewicht zu Staaten zu bilden, die unsere Werte nicht teilen.“

Zu den ausgewählten Vorhaben mit Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen gehört die Vorphase für das Einstein-Teleskop (ET). Auch wenn die Standortwahl noch nicht entschieden ist, sendet der Bund damit ein wichtiges Signal, dass die nordrhein-westfälische Bewerbung gemeinsam mit den Niederlanden und Belgien für den Bau des unterirdischen Observatoriums mit unterstützt wird. Mit Hilfe des Einstein-Tele-skops sollen Gravitationswellen beobachtet werden, die durch kosmische Ereignisse wie die Kollision von schwarzen Löchern oder Neutronensternen entstehen. Es ist etwa zehnmal empfindlicher als heutige Messinstrumente und trägt Wissen über die Entstehung des frühen Universums zusammen. Auf deutscher Seite sind in der Vor-phase die RWTH Aachen, die Universität Münster, die Ruhr-Universität Bochum und die TU Dresden als Trägereinrichtungen an dem Großprojekt beteiligt.

Mit HBS-I: High Brilliance Neutron Source – Phase I untersucht das Forschungszent-rum Jülich mit dem Helmholtz-Zentrum Hereon beschleunigergetriebene Neutronen-quellen. Die Anlage ist für die Erzeugung von Neutronenstrahlen mit kleinem Durch-messer ausgelegt, was Experimente mit kleinvolumigen Proben ermöglicht. Das ist

insbesondere für die Forschung in den Material- und Lebenswissenschaften, einschließlich Nanomaterialien, Quanten oder Proteinstrukturen vorteilhaft.

Das Vorhaben RIDLOP: Research Infrastructure for Data from Large Online Platforms wird von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften mit den Standorten Mannheim und Köln durchgeführt. Es ist eine Forschungsinfrastruktur für Daten von großen Online-Plattformen (RIDLOP) und untersucht ihre Bedeutung für die Gesellschaft. RIDLOP wird qualitätsgesicherte und nachhaltige Zugangswege zu Daten von großen Online-Plattformen schaffen. Davon profitieren Forscherinnen und Forscher.

Alle neun Vorhaben auf der Shortlist werden für die Umsetzung künftig eng vom Wissenschaftsrat begleitet. Gleichzeitig beginnt das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt Gespräche mit den beteiligten Einrichtungen und Ländern zur Umsetzung und Finanzierung.

Hintergrund

Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) hat im Jahr 2024 ein Priorisierungsverfahren für umfangreiche Forschungsinfrastrukturen (FIS) gestartet. Es ist die Nachfolge des FIS-Roadmap-Prozesses von 2015. Das Verfahren priorisiert bundesweit solche Forschungsinfrastrukturen, die eine deutsche Spitzenposition in Forschung, Entwicklung und Innovation im internationalen Vergleich unterstützen. Dabei sollen die Planungen und auch Kostenschätzungen belastbar sein. Der Bekanntgabe der Shortlist ging ein etwa einjähriges Bewertungsverfahren voraus, an dem mehr als 100 renommierte, internationale Expertinnen und Experten mitwirkten. Einreichungsfrist war Ende Oktober 2024. Daraufhin wurden mehr als 30 Kurzkonzepte von über 50 koordinierenden Einrichtungen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 8,5 Milliarden Euro zur Einreichung aufgefordert. Das BMFTR sieht vor, das Priorisierungsverfahren gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat zu verstetigen. Die nächste Runde ist für das Jahr 2028 geplant.

Die vollständige Shortlist und weitere Informationen zu den Vorhaben finden Sie [hier](#).

Schulministerin Feller: Start in hoffentlich entspannte und erholsame Wochen

Für rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler beginnen nach den Zeugnisvergaben die Sommerferien / Zeugnistelefone der Bezirksregierungen sind wie gewohnt erreichbar

Das Ministerium für Schule und Bildung teilt mit:

Am Freitag, 11. Juli 2025, endet das Schuljahr in Nordrhein-Westfalen, die Sommerferien beginnen. Rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler zwischen Aachen und Bielefeld starten dann hoffentlich mit einem guten Gefühl in diese Zeit zum Durchatmen. Die Ferien finden am Mittwoch, 27. August 2025, ihr Ende, wenn das neue Schuljahr eingeläutet wird.

„Ich danke den vielen Menschen, die im nun endenden Schuljahr mit großem Engagement dazu beigetragen haben, dass unsere Schulen nicht nur Orte des Lehrens und Lernens sind, sondern vor allem auch Orte, an denen sich alle wohlfühlen können und an denen Werte gelebt werden. Wir arbeiten kontinuierlich daran, dass sich die Bedingungen an unseren nordrhein-westfälischen Schulen weiter verbessern, dass die Personalzahlen weiter steigen und noch mehr Wert auf die Förderung der Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern gelegt wird, dass die Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen gefördert oder die datengestützte Qualitätsentwicklung vorangetrieben wird. Jetzt aber ist erst einmal unterrichtsfreie Zeit – und ich wünsche allen am Schulleben Beteiligten und natürlich vor allem auch den Schülerinnen und Schülern erholsame und entspannte Wochen!“, sagt Schulministerin Dorothee Feller.

Bei Beratungsbedarf und Fragen zu den Zeugnissen und der Notengebung, stehen wie jedes Jahr die Zeugnistelefone der Bezirksregierungen vertrauensvoll zur Verfügung.

Zeugnistelefon der Bezirksregierung Arnsberg:

- Telefonnummer: 02931 823388
- Montag, 14. Juli 2025, von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr
- Dienstag, 15. Juli 2025, von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Zeugnistelefon der Bezirksregierung Detmold:

- Telefonnummer: 05231 714848
- Freitag, 11. Juli 2025, von 8.30 bis 15.00 Uhr
- Montag, 14. Juli 2025, von 8.30 bis 15.00 Uhr

Zeugnistelefon der Bezirksregierung Düsseldorf:



- Telefonnummer: 0211 4754002
- Freitag, 11. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr
- Montag, 14. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr
- Dienstag, 15. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr

Zeugnistelefon der Bezirksregierung Köln:

- Telefonnummer: 0221 1472000
- Donnerstag, 10. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr
- Freitag, 11. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr
- Montag, 14. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr
- Dienstag, 15. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15.00 Uhr

Zeugnistelefon der Bezirksregierung Münster:

- Telefonnummer: 0251 4114199
- Donnerstag, 10.07.2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 15.00
- Freitag, 11. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 15.00
- Montag, 14. Juli 2025, von 10.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 15.00

Leben retten will gelernt sein

Kooperationsvereinbarung zur verpflichtenden Einführung von Reanimationsunterricht ab dem Schuljahr 2026/27 unterzeichnet

Das Ministerium für Schule und Bildung teilt mit:

Mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung setzt Nordrhein-Westfalen ein klares Zeichen, um die Laienreanimation an Schulen zu stärken. Schulministerin Dorothee Feller hat gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Stiftungen, Ärztekammern, Hilfsorganisationen, ärztlichen Partnerinnen und Partnern und medizinischen Fachgesellschaften eine Initiative zur Verankerung der Laienreanimation im Schulalltag auf den Weg gebracht. Ziel der Kooperationsvereinbarung ist es, alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I mit dem lebensrettenden Schema „Prüfen – Rufen – Drücken“ vertraut zu machen.

Zu den Partnern gehören in alphabetischer Reihenfolge:



- ADAC Stiftung,
- Aachener Institut für Rettungsmedizin und zivile Sicherheit
- Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe
- Berufsverband Deutscher Anästhesistinnen und Anästhesisten
- Björn-Steiger-Stiftung,
- BKK-Landesverband NORDWEST
- Deutsche Herzstiftung
- Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin
- Deutscher Rat für Wiederbelebung
- Deutsches Rotes Kreuz (Landesverbände Nordrhein und Westfalen-Lippe)
- Deutsches Jugendrotkreuz (Landesverbände Nordrhein und Westfalen-Lippe)
- Florence-Nightingale-Krankenhaus Düsseldorf
- Franziskus Hospital Bielefeld
- Stiftung Universitätsmedizin Münster
- Unfallkasse NRW
- Universitätsklinikum Köln
- Universitätsklinikum Münster

Ministerpräsident Hendrik Wüst erklärt: „Ob im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz oder in den eigenen vier Wänden: Jeder kann zum Lebensretter werden. Wie es richtig geht, muss man lernen – und zwar schon in der Schule. Mit dem verpflichtenden Wiederbelebungsunterricht ab dem Schuljahr 2026/27 vermitteln wir Schülerinnen und Schülern das notwendige Wissen, um im medizinischen Notfall richtig zu handeln und Leben zu retten. Solche Kompetenzen weiterzugeben, ist Teil unseres Bildungs- und Erziehungsauftrags.“

Schulministerin Dorothee Feller hebt hervor: „Wer im Notfall richtig handelt, kann Leben retten. Wir wollen, dass Prüfen – Rufen - Drücken so selbstverständlich wird wie Fahrradfahren. Dafür brauchen Schulen konkrete Unterstützung und genau die bringen wir jetzt gemeinsam mit starken Partnerinnen und Partnern auf den Weg.“

Ab dem Schuljahr 2026/27 wird der Reanimationsunterricht an Schulen im Bereich der Sekundarstufe I in NRW verpflichtend eingeführt. Jede Schülerin und jeder Schüler soll mindestens einmal in den Klassen 7, 8 oder 9 eine Schulung zur Laienreanimation im Umfang von 90 Minuten erhalten. Förderschulen und private Ersatzschulen werden ermutigt, Reanimationsunterricht durchzuführen. Zum 1. August 2025 wird eine Geschäftsstelle bei der Bezirksregierung Köln eingerichtet. Bereits im September beginnen landesweit die ersten Schulungen von Lehrkräften.

Damit der Reanimationsunterricht flächendeckend und zuverlässig umgesetzt werden kann, sollen alle rund 2.100 Schulen mit Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen spätestens im Laufe des Schuljahres 2026/27 über jeweils zehn Reanimationsphantome sowie zwei entsprechend geschulte Lehrkräfte verfügen.

Der Mindeststandard für die Schulung der Lehrkräfte wird durch Schulungsvideos der oben aufgeführten Kooperationspartner gewährleistet. Alle Lehrkräfte können zudem auf ein umfassendes Angebot an Lehrvideos und Unterrichtsmaterialien von anderen Projektpartnern zurückgreifen. Ergänzend wird ein Angebot für Präsenzfortbildungen unterbreitet.

Um die Maßnahme umzusetzen, ist das Schulministerium auf die enge Zusammenarbeit mit erfahrenen Partnern in diesem medizinischen Bereich angewiesen. In Gesprächen konnten zahlreiche Unterstützungsangebote gewonnen werden. Die Angebote umfassen etwa personelle Ressourcen für Schulungen bis hin zu finanziellen Mitteln für die Anschaffung von Übungsmaterial.

Christina Tillmann, Vorständin der ADAC-Stiftung und eine der vielen Kooperationspartner unterstrich: „Wenn wir junge Menschen schon in der Schule befähigen, im Notfall richtig zu reanimieren, retten wir nicht nur mehr Leben, sondern stärken auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die flächendeckende Einführung des Reanimationsunterrichts in NRW hat Vorbildcharakter und ist ein kraftvolles Signal für Bildung mit echtem Lebensbezug.“

Dr. Pierre-Enric Steiger, Präsident der Björn-Steiger-Stiftung, betonte: „Die Björn-Steiger-Stiftung ist stolz, dieses lebensrettende Projekt zu unterstützen. Durch die Schulung von Schülerinnen und Schülern in Laienreanimation schaffen wir eine Generation, die im Notfall mutig handelt.“

Prof. Dr. Thomas Voigtländer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Herzstiftung, erklärte: „Das beherzte Eingreifen von uns allen in einer Notsituation ist überlebensentscheidend. Dass die Wiederbelebung jetzt ein fester Bestandteil des Schulunterrichts in Nordrhein-Westfalen wird, ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Laien-Reanimationsquote in der Bevölkerung.“

Die heute unterzeichnete Kooperationsvereinbarung hatte einen engagierten Vorlauf im Rahmen des Modellprojekts „Laienreanimation an Schulen in Nordrhein-Westfalen“ von 2017 bis 2022. Dieser Vorlauf war insbesondere geprägt durch das freiwillige Engagement der ärztlichen Partner sowie zahlreiche Gespräche, in denen viele Akteure – auch in privater und ehrenamtlicher Initiative – mitgewirkt haben.

Universitätsprofessor Bernd Böttiger, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Rates für Wiederbelebung, betont: „Seit vielen Jahren setzen wir uns intensiv mit dem Thema Laienreanimation auseinander. Dass der Reanimationsunterricht nun für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend wird, ist ein bedeutender Schritt – und ein großer Erfolg. Diese Entscheidung wird dazu beitragen, viele Menschenleben zu retten.“

Universitätsprofessor Hugo Van Aken, Vorsitzender der Stiftung Universitätsmedizin Münster erklärt: „Ein lang gehegter Traum wird nach 20 Jahren endlich Wirklichkeit. Es ist großartig, dass Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland einen verpflichtenden Reanimationsunterricht einführt. So wird deutlich – Wiederbelebung kann wirklich jeder lernen.“

Ministerin Feller dankt allen beteiligten Partnern für ihre Mitwirkung: „Dieses Bündnis zeigt, was möglich ist, wenn verschiedene Institutionen mit unterschiedlichen Beiträgen ein gemeinsames Ziel verfolgen. Ich bin allen Partnern für ihre fachliche und personelle Unterstützung sowie den Stiftungen ADAC-, Björn-Steiger- und Deutsche Herzstiftung für ihre finanzielle Unterstützung ausdrücklich dankbar. Jeder einzelne Beitrag eines jeden Partners ist ein großer Gewinn für die Laienreanimation von Schülerinnen und Schüler. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass unsere Schülerinnen und Schüler auf den Ernstfall gut vorbereitet sind.“

Lydia Steier übernimmt die Intendanz der Ruhrtriennale für die Spielzeiten 2027-2029

Die Nachfolgerin von Ivo Van Hove tritt zum 1. November 2026 ihr Amt an. Ministerin Brandes: Hochkultur mit Show und Spektakel tut der Ruhrtriennale gut

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Ab August präsentiert Ivo Van Hove als Intendant der Ruhrtriennale seine zweite Spielzeit. Kurz vor der Halbzeit seiner Intendanz hat Kulturministerin Ina Brandes am Dienstag, 08. Juli 2025, in Bochum die nachfolgende Intendantin vorgestellt: Die Regisseurin Lydia Steier übernimmt turnusgemäß für drei Jahre (Spielzeiten 2027-2029) die künstlerische Leitung des größten Kulturfestivals in Nordrhein-Westfalen. Der Aufsichtsrat der Kultur Ruhr GmbH hat unter Vorsitz von Ministerin Brandes die künftige Intendantin einstimmig ernannt; das Landeskabinett hat die Personalie in seiner Sitzung am 08. Juli 2025 beschlossen. Lydia Steier tritt ihr Amt am 1. November 2026 an.

Kulturministerin Ina Brandes: „Lydia Steier passt hervorragend zum Ruhrgebiet! Die bislang jüngste Intendantin der Ruhrtriennale ist in Amerika geboren und hat ein sehr gutes Gespür dafür, die Hochkultur mit Show und Spektakel zu einem berausenden Erlebnis zu machen. Diese Mischung tut der Ruhrtriennale gut und wird ganz sicher den Geschmack des Publikums treffen. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit!“

Die neue Intendantin zählt zu den gefragtesten Regisseurinnen ihrer Generation. Sie hat in den vergangenen Jahren außerordentlich erfolgreich als freie Opernregisseurin gearbeitet und so die Gegebenheiten des künstlerischen Schaffens an zahlreichen Häusern erfahren. Unter anderem hat sie an der Oper Frankfurt, an der Opéra national de Paris, an der Oper Köln, dem Theater an der Wien, bei den Salzburger Festspielen sowie an der Staatsoper Unter den Linden inszeniert. Weitere Engagements führten sie nach Genf, New York und Tokio. Von 2020 bis 2023 war sie Operndirektorin am Theater Luzern.

Lydia Steier: „Dieses Festival ist ein Liebesbrief an die Kunst und hat sich in einem Vierteljahrhundert als Deutschlands bedeutendstes internationales Kunstfestival etabliert: 25 Jahre voller künstlerischer Wagnisse, mutiger Stimmen und radikaler Schönheit. Es ist mir eine große Ehre und ein aufregendes Privileg, die Ruhrtriennale

im Jahr ihres 25. Jubiläums leiten zu dürfen. Gemeinsam mit meinem Team möchte ich diese eindrucksvolle Geschichte fortschreiben – mit einem Programm, das die Begegnung ins Zentrum stellt. Wir wollen Gemeinschaft wagen, Räume öffnen, Teilhabe ermöglichen und die Verbindung zwischen dem Festival und den urbanen, vielfältigen Lebensrealitäten des Ruhrgebiets vertiefen.“

Garrelt Duin, Regionaldirektor des Regionalverbandes Ruhr: „Die neue Intendantin hat den Aufsichtsrat nicht nur überzeugt, sondern begeistert. Ihre Erfahrung, aber insbesondere ihr Ansatz, die Ruhrtriennale noch stärker mit der Region und den Menschen im Ruhrgebiet zu verbinden, lässt uns mit großer Vorfreude auf die Jahre 2027 bis 2029 blicken.“

Dr. Vera Battis-Reese, Geschäftsführerin der Kultur Ruhr GmbH: „Ich freue mich sehr, dass der Aufsichtsrat für die Ruhrtriennale 2027 bis 2029 mit Lydia Steier eine international erfolgreiche Regisseurin gewinnen konnte, die mit Inspiration und Begeisterung für dieses einzigartige Festival und das Ruhrgebiet brennt. Aktuell sind wir voller Vorfreude auf die zweite Festivalausgabe von Ivo Van Hove, die am 21. August 2025 eröffnet. Genau das ist es, was die Ruhrtriennale auszeichnet und sie so vielseitig, innovativ und besonders macht: dass jeder Intendant und jede Intendantin neue kühne Festivalentwürfe mitbringt und für unser Publikum außergewöhnliche und mitreißende Kunst entstehen lässt.“

Die Ruhrtriennale – das Festival der Künste – lädt jedes Jahr im Spätsommer Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt ein, die monumentale Industriearchitektur des Ruhrgebiets zu bespielen. Hallen, Kokereien und Maschinenhäuser des Bergbaus und der Stahlindustrie verwandeln sich für rund einen Monat in beeindruckende Spielorte für neue Formen des Musiktheaters und andere spektakuläre Produktionen an der Schnittstelle von Schauspiel, Tanz, Performance, Musik und Bildender Kunst. Die Programmausrichtung wird maßgeblich von der Intendanz bestimmt, die alle drei Jahre neu berufen wird. Der Intendant der Festivalausgaben 2024-2026 ist der Belgische Theaterregisseur Ivo Van Hove. Allein 70.000 Menschen kamen im vergangenen Jahr zu den Veranstaltungen der Ruhrtriennale in Bochum, Duisburg und Essen – mehr als je zuvor.

Das Programm für die diesjährige Spielzeit vom 21. August bis 21. September 2025 umfasst 35 Produktionen und Projekte, darunter 13 Eigen- und Koproduktionen so-

wie Auftragswerke, fünf Uraufführungen, eine europäische und neun deutsche Erst-aufführungen. Das vielstimmige künstlerische Programm wird an elf verschiedenen Orten in den Ruhrgebietsstädten Bochum, Duisburg, Essen und Gladbeck zu erleben sein. Beteiligt sind rund 630 Künstlerinnen und Künstler aus über 38 Ländern.

Weiterführende Informationen zur Ruhrtriennale sowie Tickets finden Sie unter:

<https://www.ruhrtriennale.de/>

Bildmaterial der Pressekonferenz steht ab ca. 18 Uhr unter <https://url.nrw/RT-Inden-tanz-PM> zur Verfügung.

Zur Person

Lydia Steier (*1978 in Hartford/Connecticut, USA) begann ihre Regiekarriere 2009 am Deutschen Nationaltheater Weimar. Die 47-Jährige steht für bildstarke Operninszenierungen mit anspruchsvollen Inhalten in ungewöhnlichen Formaten. Dabei bedient sie sich eines breiten Repertoires, das sowohl klassische als auch moderne Werke umfasst. Sie ist engagierte Fürsprecherin Neuer Musik und hat sich zuletzt zahlreichen Uraufführungen von Werken zeitgenössischer Komponistinnen und Komponisten gewidmet, die auf internationalen Festivals in Hongkong, Dublin, Hamburg, New York und Wien präsentiert wurden. Sie hat mit Größen ihres Fachs zusammengearbeitet: Dazu zählen die Dirigentinnen und Dirigenten wie Kirill Petrenko, Simone Young und Joana Mallwitz, die Sängerinnen und Sänger Asmik Grigorian, Christiane Karg und Wolfgang Koch sowie der Schauspieler Klaus Maria Brandauer.

Lydia Steier wurde zweimal für den renommierten Deutschen Theaterpreis „Der Faust“ nominiert. Ihre Inszenierung von Karlheinz Stockhausens „Donnerstag aus Licht“ am Theater Basel wurde 2016 von Kritikern in der Zeitschrift Opernwelt zur „Aufführung des Jahres“ gekürt. Im Jahr 2024 wurde Lydia Steier von derselben Zeitschrift als „Regisseurin des Jahres“ ausgezeichnet und erhielt im selben Jahr den renommierten Oper!-Award als „Beste Regisseurin“. Mit einer Neuinszenierung von Richard Wagners „Tannhäuser“ feierte sie vor Kurzem ihr Regie-Debüt an der Wiener Staatsoper.

Mehr Wildnis im Wald: Landesregierung weist neue Flächen im Siebengebirge aus

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr und das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilen mit:

Um den Schutz der biologischen Vielfalt zu stärken, weist die Landesregierung weitere staatliche Waldflächen als Wildnisentwicklungsgebiete aus. In diesen Gebieten wird die Natur sich selbst überlassen – ohne forstwirtschaftliche Nutzung oder menschliche Eingriffe. Zusammen mit den bestehenden Schutzgebieten sollen damit künftig gut 15 Prozent des Landeswaldes und zwei Prozent der Gesamtwaldfläche von Nordrhein-Westfalen der natürlichen Waldentwicklung überlassen werden. Um über geeignete Flächen im Siebengebirge zu informieren, trafen sich Umweltminister Oliver Krischer und Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen am Dienstag, 8. Juli 2025, im Staatswald in Königswinter mit Sebastian Schuster, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, und Hans Peter Lindlar, Vorsitzender des Verschönerungsvereins für das Siebengebirge.

„Wildniswälder sind unverzichtbare Rückzugsräume für bedrohte Arten und eröffnen den Menschen beeindruckende Naturerlebnisse. Mit dieser Entscheidung übernehmen wir Verantwortung für den Schutz unseres natürlichen Erbes und für die kommenden Generationen“, erklärte Krischer. Im Siebengebirge sind rund 200 Hektar landeseigener Wald ausgewählt worden, um die bestehenden Wildnisentwicklungsgebiete des Landes und des Verschönerungsvereins zu ergänzen. Ermöglicht werden soll im Rhein-Sieg-Kreis auch eine Fläche von rund 100 Hektar auf dem Höhenzug Leuscheid. Über die Eignung entscheiden das Landesamt für Natur, Umwelt und Klima und der Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen, deren Fachleute nun tätig werden.

„Die Landesregierung unterstützt die Ziele der Wildnisentwicklung. Deshalb stärken wir das bestehende Netz der Wildniswälder und stellen sukzessive weitere Flächen des landeseigenen Waldes für eine natürliche Entwicklung zur Verfügung. Hier können die Bürgerinnen und Bürger Wildnisentwicklung erleben und gleichzeitig fördern wir die Biodiversität“, unterstrich Ministerin Silke Gorißen.

Bei den neuen Wildnisentwicklungsgebieten wird es sich ausschließlich um hierfür entsprechend geeignete Flächen im Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen han-

deln. Der Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen wird sich um die Flächen der neuen Wildnisentwicklungsgebiete kümmern, deren Betreuung und Entwicklungsmaßnahmen übernehmen. Dazu zählen auch Angebote der Umweltbildung, um die Gebiete für Besucherinnen und Besucher erlebbar zu machen. Grundsätzlich bleibt auch in Zukunft die Versorgung mit Rohholz aus dem Staatswald langfristig gesichert.

Auch Flächen in den Kreisen Coesfeld und Unna werden derzeit geprüft – dabei geht es vor allem um Flächen, die das Land mit Kofinanzierung durch die Europäische Union für Naturschutzzwecke erworben hat. Auch eine Fläche nördlich des Nationalparks Eifel kommt in Betracht. Sukzessive sollen innerhalb eines Jahres alle weiteren Flächen ausgewiesen werden.

Wertvolle Lebensräume – spannende Naturerlebnisse

In Nordrhein-Westfalen gibt es zurzeit rund 100 Wildnisentwicklungsgebiete auf einer Fläche von rund 8.000 Hektar. Diese Gebiete verteilen sich über das ganze Land. Viele Tierarten sind auf solche Wälder und vielfältige Strukturen und unterschiedliche Altersphasen angewiesen. Schwarzspechte bauen in alten Buchen ihre Höhlen, die später auch von Hohltauben, Fledermäusen und Käuzen genutzt werden. Wildkatzen ziehen sich in die Wälder zurück und ziehen dort ihre Jungen groß, und auch der seltene Hirschkäfer, der Urwaldrelikt-Käfer Eremit und Bockkäfer leben in alten Bäumen. Neben der großen Bedeutung für den Erhalt der biologischen Vielfalt unterstützen Wälder mit natürlicher Entwicklung den Klimaschutz, dienen der Forschung, fungieren als wichtige Referenzfläche in Zeiten des Klimawandels und ermöglichen spannende Naturerfahrungen.

Berufseinsteiger fit machen für den Arbeitsmarkt: Landesregierung unterstützt junge Menschen aus dem Partnerland Nordmazedonien und dem Kosovo

Deutschkurse und Praktika in Nordrhein-Westfalen für Nachwuchskräfte aus dem Westbalkan

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei teilt mit:

Die Landesregierung unterstützt gemeinsam mit dem Bund ein berufliches Qualifizierungsprojekt der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) im



Westbalkan. Das Projekt bringt Berufsanfänger und Betriebe aus Nordrhein-Westfalen zusammen und hat in vorangegangenen Durchläufen bereits die Berufschancen der Absolventinnen und Absolventen aus dem Partnerland Nordmazedonien sowie Interessenten aus dem Kosovo in ihren Heimatländern erfolgreich gesteigert. Das Projekt startet im Juli 2025 und läuft bis Ende 2026.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei: „In Zeiten, in denen Frieden keine Selbstverständlichkeit mehr ist, müssen wir umso entschlossener und geschlossener unsere europäische Wertegemeinschaft verteidigen – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nur zweieinhalb Flugstunden entfernt. Daher wollen wir aus Nordrhein-Westfalen heraus Brücken innerhalb Europas und in unser Partnerland Nordmazedonien bauen. Mit unserem praxisnahen Weiterbildungsangebot stärken wir die Berufsperspektiven für die junge Generation im Westbalkan. Nordmazedonien ist auf dem Weg in die Europäische Union. Wir brauchen dort eine europäisch geprägte und frei denkende Generation, die wir mit dem Aufenthalt im deutschen Betrieb enger mit Nordrhein-Westfalen verknüpfen. Von gut ausgebildeten Fachkräften in einer stabilen Region profitieren letztlich auch deutsche Unternehmen, die Niederlassungen oder Lieferketten ausbauen wollen.“

Im Rahmen des neuen Projektes erhalten rund 30 junge Nachwuchskräfte aus Nordmazedonien und aus Kosovo Deutschkurse und berufsvorbereitende Seminare, bevor sie dann ein drei- bis sechsmonatiges Praktikum in Deutschland absolvieren. Thematisch stehen Bereiche wie Wasser-/ Abwasserwirtschaft, Stadtplanung, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Green Economy, Logistik und öffentliche Verwaltung im Fokus. Betriebe aus Nordrhein-Westfalen, die einen Praktikumsplatz anbieten, gewinnen mit diesem Projekt nicht nur eine junge gut ausgewählte Praktikantin oder einen Praktikanten, sondern auch nach Rückkehr in die Region einen wertvollen Kontakt in den Westbalkan. Flankierend wird ein Hochschuldialog mit dem Fokus Kreislaufwirtschaft zwischen der Universität in Skopje und NRW-Hochschulen initiiert.

Nordmazedonien ist seit 1. März 2021 Partnerland von Nordrhein-Westfalen. Seit 2005 ist Nordmazedonien offizieller EU-Beitrittskandidat, 2022 hat die erste EU-Beitrittskonferenz stattgefunden. In Deutschland leben mindestens 150.000 Personen mit mazedonischem Pass, davon ca. 48.000 in Nordrhein-Westfalen.

Gemeinsam für die Fachkräftesicherung – Fortsetzung des Zukunftsdialogs Industrie in Nordrhein-Westfalen

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: Fachkräfte sind der Schlüssel für die Zukunft unserer Industrie

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Nordrhein-Westfalen macht sich fit für die Zukunft: Mit dem Abschluss des Industriepolitischen Leitbilds beginnt jetzt die Umsetzungsphase. Unter dem Titel Zukunftsdialog Industrie arbeiten Land, Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften Hand in Hand daran, die Industrie in Nordrhein-Westfalen krisenfest, nachhaltig und zukunftsorientiert aufzustellen. Insbesondere für die Auswirkungen des Sondervermögens Infrastruktur bereitet sich die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kammern und Gewerkschaften darauf vor, die notwendigen Investitionen umzusetzen und die dafür dringend benötigten Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Daher kamen die Vertreterinnen und Vertreter des Zukunftsdialogs am Dienstag, 8. Juli 2025, zum Thema Fachkräftesicherung zusammen. Ziel ist es, ein zukunftsfestes, attraktives und resilientes Arbeitsumfeld in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur: „Fachkräfte sind der Schlüssel für eine starke und zukunftsfähige Industrie in Nordrhein-Westfalen. Ohne sie gelingt uns weder die Energiewende noch die digitale und nachhaltige Transformation. Deshalb investieren wir gezielt in Ausbildung, Qualifizierung und bessere Arbeitsbedingungen. Besonders wichtig ist uns dabei: mehr praxisnahe Angebote für junge Menschen, mehr Unterstützung beim beruflichen Umstieg oder Wiedereinstieg und mehr Wertschätzung für alle beruflichen Wege – ob akademisch oder handwerklich. Wir wollen, dass Menschen hier gute Jobs finden, sich weiterentwickeln können und dass Unternehmen die Fachkräfte haben, die sie brauchen. Der Zukunftsdialog bringt alle an einen Tisch, damit wir gemeinsam Lösungen schaffen, die für Betriebe und Beschäftigte gleichermaßen wirksam sind.“

Ralf Stoffels, Präsident IHK NRW: „Die Lage in der nordrhein-westfälischen Industrie ist im Sommer 2025 fast unverändert kritisch. Die Sorge um die Entwicklung der Fachkräfteversorgung ist neben den aktuellen Krisen ein weiterer Risikofaktor für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen: Bis 2035 werden 2,5 Millionen Erwerbstätige in den Ruhestand gehen, deren Stellen nachbesetzt werden müssen. Dem neuen [IHK-Fachkräftemonitor](#) von IHK NRW folgend, steigt die Anzahl der unbesetzten

Stellen bis 2035 auf bis zu 610.000 an. Wenn wir nicht entschlossen gegensteuern, droht ein flächendeckender Personalengpass mit erheblichen Folgen. Besorgniserregend ist auch die strukturelle Schieflage am Arbeitsmarkt: 80 Prozent der offenen Stellen richten sich an Fachkräfte, doch 60 Prozent der Arbeitslosen bringen nicht die nötige Qualifikation mit. Diese Lücke zwischen Angebot und Nachfrage können wir nicht ignorieren.“

Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW: „Nur mit genügend Fachkräften kann Nordrhein-Westfalen Industriestandort bleiben und die Transformation erfolgreich bewältigen. Auch das Sondervermögen Infrastruktur wird nur seine Wirkung entfalten, wenn es ausreichend qualifizierte Beschäftigte gibt, die es umsetzen. Deshalb müssen wir endlich alle Potenziale in Nordrhein-Westfalen heben. Wir können es uns nicht länger leisten, dass jeder fünfte junge Mensch dauerhaft ohne Berufsausbildung verbleibt. Manche Unternehmen finden schlicht keine Fachkräfte aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Löhne. Die Erhöhung der Ausbildungsquoten und der Tarifbindung sind daher wichtige Schlüssel zur Fachkräftesicherung. Auch bei der Frauenerwerbstätigkeit ist noch viel Luft nach oben, die Unternehmen müssen endlich mehr Arbeitszeitmodelle anbieten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.“

Johannes Pöttering, Hauptgeschäftsführer unternehmer nrw: „Das Industriepolitische Leitbild ist ein klares Bekenntnis zur Stärkung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Jetzt beginnt die wichtigste Phase: Das Leitbild muss in konkrete Maßnahmen überführt und zügig mit verbindlichen Zielen und einem regelmäßigen Monitoring umgesetzt werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand im Land. Hierfür brauchen wir gut ausgebildete Fachkräfte – vor allem aus dem MINT-Bereich. Um alle Potenziale zu nutzen, muss der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schaffen: Gute Bildung, zuverlässige Kinderbetreuung und eine unbürokratische Zuwanderung von ausländischen Fachkräften.“

Matthias Heidmeier, Staatssekretär im MAGS: „Die berufliche Bildung ist die tragende Säule der Fachkräftesicherung für die Industrie der Zukunft. Wir dürfen keinen Jugendlichen zurücklassen. Mit der Landesinitiative ‚Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)‘ unterstützen wir Jugendliche dabei, einen optimalen Start in die Ausbildung zu finden. Wichtig ist auch, dass die Ausbildungssuchenden und die Ausbildungsbe-

triebe gut zusammenpassen: Im Rahmen der Fachkräfteoffensive investiert die Landesregierung daher jährlich über 50 Millionen Euro in Coaching-Angebote, um das Matching zwischen beiden Seiten zu unterstützen.“

Ein klarer politischer Kompass für morgen

Schon heute zeigt sich, dass die Fachkräftesicherung kein isoliertes Handlungsfeld ist: Sie ist eng verknüpft mit Themen wie Innovation, Digitalisierung und nachhaltiger Transformation. Deshalb bleibt die Devise: Zukunft gestalten wir gemeinsam – mit verlässlichen Perspektiven für Beschäftigte und Betriebe.

Über den Zukunftsdialog Industrie

Der Zukunftsdialog Industrie wurde ins Leben gerufen, um die Herausforderungen und Chancen für die Industrie in Nordrhein-Westfalen zu identifizieren und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Er vereint Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und der Politik, die in einem vertrauensvollen Austausch an zukunftsweisenden Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige und innovative Industrie in Nordrhein-Westfalen arbeiten.

Ministerpräsident Wüst lädt zum Sommerkonzert am Luftschiffhangar des Flughafen Essen/Mülheim ein

Open Air mit freiem Eintritt: Neue Philharmonie Westfalen spielt Hits aus Klassik und Filmmusik / Live-Übertragung durch den Westdeutschen Rundfunk

Die Staatskanzlei teilt mit:

Ob Klassikliebhaber, Open-Air-Fans oder Heimatentdecker: Das Sommerkonzert der Landesregierung gehört auch in diesem Jahr zu den musikalischen Höhepunkten in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Hendrik Wüst lädt alle Bürgerinnen und Bürger am Samstag, 12. Juli, ab 19.30 Uhr zu einem kostenlosen Konzert unter freiem Himmel am Luftschiffhangar des Flughafen Essen/Mülheim ein. Gemeinsam mit internationalen Solistinnen und Solisten spielt die Neue Philharmonie Westfalen Hits aus Klassik und Filmmusik.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Der Luftschiffhangar am Flughafen Essen/Mülheim bietet eine außergewöhnliche und einzigartige Kulisse für unser Sommerkonzert. Ge-

meinsam wollen wir den herausragenden Klängen der Neuen Philharmonie Westfalen lauschen und für einige Stunden den Alltag vergessen. Dazu lade ich herzlich ein.“

Über die Neue Philharmonie Westfalen

Entstanden im Jahr 1996 aus der Fusion des Westfälischen Sinfonieorchesters Recklinghausen und des Philharmonischen Orchesters der Stadt Gelsenkirchen, ist die Neue Philharmonie Westfalen seit mehr als 25 Jahren fester Bestandteil der Kulturlandschaft im Ruhrgebiet. Heute ist die Neue Philharmonie Westfalen mit rund 120 Mitgliedern aus rund 20 Nationen das größte der drei Landesorchester. Nahezu 300 Auftritte spielen die Musikerinnen und Musiker unter der Leitung des Generalmusikdirektors Rasmus Baumann pro Saison – mit Stücken von Klassik über Pop und Rock bis Filmmusik.

Rasmus Baumann, Dirigent

Rasmus Baumann ist seit 2014 Generalmusikdirektor der Neuen Philharmonie Westfalen. Er gastierte an Opernhäusern und in Konzertsälen im In- und Ausland. Große Beachtung fanden seine Interpretationen im Rahmen des Mindener Wagnerprojekts.

Bonita Niessen, Gesang

Bonita Niessen ist als Sopranistin regelmäßig auf Opern- und Konzertbühnen in Nordrhein-Westfalen zu erleben. Sie war unter anderem am Aalto-Musiktheater Essen engagiert und arbeitet mit verschiedenen Orchestern und Big Bands der Region zusammen.

Sharon Kam, Klarinette

Sharon Kam wurde in Haifa geboren und studierte an der Juilliard School in New York. Sie zählt zu den international führenden Klarinetristinnen, konzertiert mit renommierten Orchestern weltweit und ist bekannt für ihr Repertoire von Klassik bis Klezmer.

Jorge Puerta, Tenor

Jorge Puerta ist ein in Spanien ausgebildeter Tenor, der bei Konzerten und Opernproduktionen in mehreren europäischen Ländern auftritt. Er ist Preisträger internationaler Gesangswettbewerbe und singt Partien wie Rodolfo, Don José und Alfredo.

Tassilo Probst, Violine

Tassilo Probst wurde 2002 in München geboren und gilt als eines der vielversprechendsten Geigentalente seiner Generation. Er konzertiert international mit führenden Orchestern und wurde 2023 mit dem Opus Klassik ausgezeichnet.

Ausführliche Informationen zum Programm sowie weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Nachhaltigkeit in der Kultur stärken! Vierte Runde der Weiterbildung zum „Transformationsmanagement nachhaltige Kultur“ abgeschlossen

Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert überreichte 19 Absolventinnen und Absolventen ihre Zertifikate im Forum Freies Theater Düsseldorf

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Von der Solaranlage auf dem Dach über ein nachhaltiges Musikfestival mit Gütesiegel bis zum coolen, kühlen Kulturbunker für die ganze Nachbarschaft: Bereits zum vierten Mal haben sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weiterbildung „Transformationsmanagement nachhaltige Kultur“ mit konkreten Projekten zur Nachhaltigkeit in der Kultur beschäftigt. Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, hat am Montag, 7. Juli 2025, im Forum Freies Theater Düsseldorf 19 neue Transformationsmanagerinnen und -manager in einer Feierstunde gewürdigt.

Kulturstaatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert: „Aus vier Weiterbildungsrounden ist in Nordrhein-Westfalen ein lebendiges Netzwerk von Nachhaltigkeitsbeauftragten entstanden. Ein nachhaltiger Effekt, der über die reine Wissensvermittlung hinausgeht. Wir helfen unseren Kultureinrichtungen dabei, sich selbst zu helfen. Aus dem Netzwerk heraus entstehen Ideen und Projekte, die Impulse in die ganze Szene geben. Damit ist die Weiterbildung selbst nachhaltig.“

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert seit 2023 die Weiterbildungsmaßnahme, die das Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit für Kultur und Medien gemeinsam mit der IHK Köln für Beschäftigte in den Kulturbetrieben entwickelt hat. Insgesamt haben inzwischen 85 Transformationsmanagerinnen und -manager die Weiterbildung abgeschlossen. So ist im ganzen Land ein

Netzwerk entstanden, das sich zu Themen wie Klimabilanzen, Entsiegelung oder ressourcenschonende Theaterproduktionen gegenseitig unterstützt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vierten Weiterbildungsrunde kommen aus ganz unterschiedlichen Kultureinrichtungen – von großen Häusern wie der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen oder dem Schauspielhaus Bochum über das Kunstmuseum Gelsenkirchen bis hin zu freien Theater- und Performance-Netzwerken. In Gruppenarbeiten haben sie für fünf Kulturorte Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt: für das Aachener Musikfestival Kimiko Isle of Campus Festival, den Kulturbunker in Köln-Mülheim, die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, das Kunstmuseum Gelsenkirchen und das Dortmunder U.

Kimiko Isle of Campus Festival

Das Aachener Musikfestival möchte als eines der ersten Festivals die Zertifizierung „Blauer Engel für Veranstaltungen“ erhalten. Seit Januar 2025 können Veranstalter das Umweltzeichen für nachhaltige Events beantragen. Die Anforderungen umfassen zentrale Nachhaltigkeitsfelder wie umweltfreundliche Mobilität, erneuerbare Energieversorgung, nachhaltige Gastronomie oder Abfallvermeidung.

Kulturbunker Köln-Mülheim

Die Transformationsmanager haben analysiert, was es bei Hitzewellen in Köln-Mülheim braucht. Der Kulturbunker ist ein „cooler“ und zugleich „kühler“ Ort. Eine Solaranlage, die auf das Gebäude angepasst ist, würde für eine Reduktion des CO₂-Fußabdrucks sorgen. Der Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg steht unter Denkmalschutz. Bei der Empfehlung für mögliche Modelle einer Photovoltaik-Anlage wurde dies berücksichtigt.

Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen

Das Herzstück des Konzepts ist das K-Future Lab. Die derzeit ungenutzte Kuppel des K21 in Düsseldorf soll umgestaltet werden als Raum für Programme und Projekte zu Kunstvermittlung – vom Klima-Bücherregal bis hin zum ökologischen Rahmenprogramm zu den Ausstellungen.

Kunstmuseum Gelsenkirchen

Unter dem Motto „GEmeinsam wachsen“ steht das Konzept für das Kunstmuseum in Gelsenkirchen. Eine dringend notwendige neue Klima-anlage soll für den Erhalt der



Kunst und einer Verbesserung der Energieeffizienz sorgen. Das eintrittsfreie Museum würde so zu einem Ort, der auch Schutz vor Hitze bietet.

Dortmunder U

Das Dortmunder U beherbergt eine große Bandbreite an Institutionen und Initiativen, die jede für sich Projekte zur Nachhaltigkeit verfolgt: von der Ökoprotect-Zertifizierung des Hartware Medienkunst-Vereins (HMKV) bis zum Spezialbeton auf dem Vorplatz des Gebäudes, der unter Licht-einfluss chemisch reagiert und so hilft, Schadstoffe in der Luft abzubauen. In dem Gruppenkonzept sind weitere Projekte geplant: eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Verwaltungsgebäudes ebenso wie ein Kunstwalk, um den Weg zum Museum für die zu Fuß kommenden Besuchenden attraktiv zu gestalten.

Land unterstützt Initiative „NRW pflanzt - 1 Million Bäume für Nordrhein-Westfalen“

Ministerin Gorißen: Jeder gepflanzte Baum ist ein Beitrag für Klimaschutz und Biodiversität

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Eine Million neu gepflanzte Bäume in Nordrhein-Westfalen – das ist das Ziel des Projektes „NRW pflanzt“ der „Robin Gut Stiftung“ (gUG). Robin Gut hat alle 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aufgerufen, Teil eines großen Aufforstungsprojekts zu werden und gemeinsam in den nächsten Jahren eine Million neue Bäume zu pflanzen. Dies soll dem Klimaschutz, der Biodiversität, aber auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dienen. Die Bäume sollen gemeinsam von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit Kindern aus Schulen und Kitas gepflanzt werden. Da jeder gepflanzte Baum ein Beitrag für mehr Klimaschutz und Biodiversität ist, unterstützt das Land dieses Projekt. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat die Schirmherrschaft über „NRW pflanzt“ übernommen.

1 Million Bäume für Nordrhein-Westfalen

Beim landesweiten Auftakt der Pflanzaktion gemeinsam mit dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen und Robin Gut, sagte die Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Silke Gorißen in Alpen im Kreis Wesel: „Eine Million neue Bäume für Nordrhein-Westfalen! Die Landesregierung unterstützt dieses Vorhaben



von Robin Gut gerne und wir rufen zusammen auf, bei ‚NRW pflanzt‘ mitzumachen. Jeder neu gepflanzte Baum ist ein Stück Zukunft und ein Beitrag für Klimaschutz und Biodiversität.“

Als Symbol zum landesweiten Auftakt der Aktion pflanzte Ministerin Silke Gorißen mit Wald und Holz NRW sowie mit Robin Gut eine Eiche vor dem Forstamt Huck in Alpen ein.

Land stellt Waldflächen zur Verfügung

Die Aktion „NRW pflanzt“ richtet sich besonders an Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen. Wenn eine interessierte Kommune im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen keine ausreichende Fläche zur Verfügung hat, aber die Aktion dennoch unterstützen möchte, sichert das Land zu, eigene Staatswaldflächen für Baumpflanzungen zur Verfügung zu stellen. Die Landesforstverwaltung kann auch selbst die Pflanzung und Bewirtschaftung übernehmen. Auf den Waldflächen des Landes Nordrhein-Westfalen werden dann Bäume gepflanzt, die dem Wiederbewaldungskonzept NRW entsprechen. Beim Pressetermin wurde ein entsprechender „Letter of Intent“ zwischen dem Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen sowie der Initiative Robin Gut unterzeichnet.

Thomas Kämmerling, Leiter Wald und Holz NRW: „Wer heute einen Baum pflanzt, handelt für die Zukunft. Aus einer Million junger Bäume, die wir jetzt pflanzen, wächst in den kommenden Jahrzehnten ein klimastabiler, vielfältiger Wald heran. Mit der gemeinschaftlichen Pflanzaktion „NRW pflanzt“ setzen wir gemeinsam mit Robin Gut, den Städten und Kommunen sowie allen Bürgerinnen und Bürgern ein starkes Zeichen: für Klimaschutz, für Biodiversität und für die kommenden Generationen.“

Erste Kommunen unterstützen „NRW pflanzt“

Die Aktion „NRW pflanzt“ startete lokal vor wenigen Wochen in Kempen. Seitdem haben weitere Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen ihr Engagement zugesichert. Die ersten Bäume sollen ab Herbst, zu Beginn der Pflanzsaison, in Kempen gepflanzt werden.

Dieter Könnies, Mitbegründer von Robin Gut: „NRW pflanzt ist eine herausragende Möglichkeit, sich für soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu engagieren. Dieses Projekt hat das Potential für eine nachhaltige, landesweite Bewegung, um gemeinsam ein enkelfähiges Ausrufezeichen in NRW zu setzen.“

Mehr Informationen: <https://www.nrw-pflanzt.de/>

Engagementpreis NRW 2026: Ministerpräsident Hendrik Wüst lobt Sonderpreis aus

Das Motto: Begegnen. Bewegen. Verbinden. – gemeinsam aus der Einsamkeit

Die Staatskanzlei teilt mit:

Unter dem Motto „Begegnen. Bewegen. Verbinden. – gemeinsam aus der Einsamkeit“ können sich ab sofort gemeinnützige Initiativen, Vereine, Verbände und Stiftungen, gGmbHs sowie öffentliche Einrichtungen aus Nordrhein-Westfalen um den Engagementpreis NRW 2026 bewerben. Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, hat diesen Preis ausgelobt, mit dem vorbildliche Projekte des bürgerschaftlichen Engagements gewürdigt und bekannt gemacht werden sollen. Der Engagementpreis NRW 2026 richtet sich an herausragende ehrenamtliche Projekte, die gute Beispiele für das Aufzeigen von Wegen aus der Einsamkeit sind und einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung von Einsamkeit leisten. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden Ende 2026 durch eine Online-Abstimmung, die NRW-Stiftung (Sonderpreis), den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, (Sonderpreis) sowie eine Jury bestimmt. Die vier Preise sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Einsamkeit ist die neue soziale Frage unserer Zeit. Ihre Bekämpfung ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Mit dem Engagementpreis NRW 2026 setzt die nordrhein-westfälische Landesregierung ein starkes Zeichen gegen Einsamkeit. Wir sind in unserem Land stolz auf die vielen ehrenamtlichen Initiativen, die sich mit Kreativität, Mitmenschlichkeit und neuen Ideen dieser wichtigen Aufgabe widmen. Ihr Engagement steht beispielhaft für den Zusammenhalt in unserem Land. Es macht sichtbar, wie bürgerschaftliches Engagement dazu beitragen kann, Menschen miteinander zu verbinden, soziale Beziehungen zu stärken und damit auch Einsamkeit wirksam zu begegnen. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch gesehen und zugehörig fühlt. Deshalb holen wir das Thema Einsamkeit in die Mitte der öffentlichen Aufmerksamkeit. Mit dem Sonderpreis würdigen wir herausragende Projekte, die neue Wege aufzeigen und Mut machen. Sie können Vorbild sein – für uns alle.“

Staatssekretärin Andrea Milz: „Einsamkeit ist mehr als nur das Alleinsein – sie ist ein Gefühl der inneren Leere, das Menschen tief trifft. Gerade in einer Zeit, in der soziale



Netzwerke scheinbar verbinden, steigt die Zahl der Menschen, die sich isoliert fühlen. Ehrenamtliche Projekte schaffen hier einen wichtigen Gegenpol: Sie öffnen Räume der Gemeinschaft, in denen Menschen sich gesehen, gehört und wertgeschätzt fühlen. Gerade durch die Einbindung junger Menschen und vielfältiger Generationen entsteht ein lebendiger Austausch, der Einsamkeit entgegenwirkt und unsere Gesellschaft nachhaltig stärkt. In unserem Land existieren viele beeindruckende ehrenamtliche Projekte und Initiativen, die einen gesellschaftspolitisch relevanten Beitrag zur Bekämpfung von Einsamkeit leisten. Daher freue ich mich, dass wir in diesem Jahr unseren Ministerpräsidenten Hendrik Wüst gewinnen konnten, einen entsprechenden Sonderpreis auszuloben.“

Kooperationspartner des Landes ist die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege (kurz: NRW-Stiftung). Stiftungspräsident Eckhard Uhlenberg erläutert anlässlich der Ausschreibung: „Einsamkeit ist ein wachsendes gesellschaftliches Problem und kann jede und jeden treffen. Umso wertvoller sind ehrenamtliche Initiativen, die mit Empathie, Ideenreichtum und Ausdauer Wege aus der Isolation aufzeigen. Die NRW-Stiftung lobt einen Sonderpreis für herausragende Projekte aus, die durch bürgerschaftliches Engagement Gemeinschaft stiften, Nähe schaffen und Menschen zusammenbringen.“

Aus den eingereichten Projekten werden Ende 2025 zwölf Projekte ausgewählt, die im Verlauf des Jahres 2026 als „Engagement des Monats“ auf der Internetplattform www.engagiert-in-nrw.de vorgestellt werden. Diese erhalten als Zeichen der Anerkennung je 1.000 Euro. Jeweils zwei Projektbeteiligte erhalten zudem die Möglichkeit zur Teilnahme an kostenfreien Qualifizierungsworkshops.

Die „Engagements der Monate Januar bis Dezember 2026“ haben darüber hinaus die Chance, mit dem Engagementpreis NRW 2026 ausgezeichnet zu werden.

Bewerbungsschluss ist der 30. September 2025.

Bewerbungen und weitere Informationen finden Sie unter www.engagiert-in-nrw.de.



Im Einsatz für die Barrierefreiheit in Nordrhein-Westfalen: Die Agentur Barrierefrei NRW feiert ihr 20-jähriges Bestehen

Minister Laumann: Agentur Barrierefrei leistet wichtigen Beitrag zur Inklusion in Nordrhein-Westfalen

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Wie können Inklusion und Barrierefreiheit in Nordrhein-Westfalen konkret umgesetzt werden? Die Agentur Barrierefrei NRW arbeitet seit nun mittlerweile 20 Jahren mit daran, praktische Antworten auf diese Frage zu liefern. Sie wurde im Jahr 2005 als erste Fachstelle ihrer Art in Deutschland gegründet. Sie unterstützt insbesondere Interessenverbände von Menschen mit Behinderungen, aber auch die öffentliche Verwaltung, Politik und Wirtschaft dabei, die unterschiedlichsten Lebensbereiche für alle Menschen gleichermaßen zugänglich und nutzbar zu machen.

„Ich bin stolz darauf, dass die erste Fachstelle für Barrierefreiheit Deutschlands in Nordrhein-Westfalen gegründet wurde. Die Agentur Barrierefrei NRW hat in den ersten beiden Jahrzehnten ihres Bestehens in vielfältiger Weise dazu beigetragen, unser Land auch für Menschen mit Beeinträchtigungen im wahrsten Sinne des Wortes erlebbarer zu machen. Barrierefreiheit hat viele Seiten. Es geht nicht ‚nur‘ um die Rampe für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, sondern beispielsweise auch um Leichte Sprache oder um barrierefreie Internetseiten. Die Agentur Barrierefrei hat in vielen Bereichen Standards gesetzt, die ganz konkret wirken“, erklärt Sozialminister Karl-Josef Laumann.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales finanziert die Arbeit der Agentur Barrierefrei auf der Grundlage des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (BGG NRW) im Haushaltsjahr 2025 mit insgesamt einer Million Euro. Danach informiert und berät die Agentur Barrierefrei die Organisationen der Menschen mit Behinderungen sowie die Träger öffentlicher Belange in Fragen der Barrierefreiheit. Sie unterstützt die Herstellung von Barrierefreiheit vor allem in fünf Bereichen: Bauen, Verkehr, Leichte Sprache, IT und technische Hilfsmittel. Sie führt Schulungen durch, erstellt Informationsmaterial, bietet Rat und praktische Mithilfe an.

Besondere Verdienste erwarb die Agentur Barrierefrei NRW beispielsweise auch in der Corona-Pandemie, als sie alle Verordnungen, Erlasse und Handreichungen der



Landesregierung in Leichte Sprache übersetzte. Die Dokumente erreichten aufgrund ihrer guten Verständlichkeit eine große Beliebtheit bei den Zielgruppen und wurden auf den Internetseiten der Landesregierung vielfach aufgerufen. Inzwischen gibt es eine bundesweite DIN-Norm für Leichte Sprache, an deren Entstehung die Agentur Barrierefrei NRW ebenfalls maßgeblich mitgewirkt hat.

Träger der Agentur Barrierefrei NRW ist das Kompetenzzentrum Barrierefreiheit Volmarstein der Evangelischen Stiftung Volmarstein. Stiftung und Agentur haben ihren Hauptsitz in Wetter-Volmarstein. Seit dem 1. Januar 2025 ist Frau Annika Nietzio Leiterin der Agentur Barrierefrei NRW.